

Zeitschrift: Puls : Monatsheft der Gruppen IMPULS + Ce Be eF
Herausgeber: IMPULS und Ce Be eF : Club Behinderter und Ihrer FreundInnen (Schweiz)
Band: 27 (1985)
Heft: 1: Spenden(un)wesen. Teil 2

Artikel: Kritische Bemerkungen zu den Sammelaktionen
Autor: Eggli, Christoph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157115>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schliesslich möchte ich die menschliche und weltanschauliche komponente in der betrachtung dieser ganzen problematik nicht ausser acht lassen: Welchen anteil tragen wir persönlich noch als mitbürger und mitmenschen an risiko und mitsorge, an vorsorge und mitmenschlichkeit für uns unsere nächsten? Ist es richtig, dass man jedes mit-leiden und mit-sorgen aus der welt schaffen bzw. auf eine «offizielle» instanz abschieben will? Sind wir damit nicht auf dem weg zu einer weiteren verrohung unseres gesamten zusammenlebens, die fast alles an mitmenschlichkeit nimmt und oft recht wenig bringt?

Verstehen sie mich recht: Ich rede hier nicht einer falschen mitleidigkeit das wort. Tränendrüsen-politik wollte Pro Infirmis nie. Aber es gibt für mich nicht einfach das entweder-oder, sondern nur das sowohl-als-auch: der einzelne u n d der staat, die private initiative u n d die öffentliche hand, der behinderte u n d der nicht-behinderte. Die problematik gemeinnütziger sammlungen ist uns seit jahren bekannt – trotzdem können wir als privates werk nicht auf die private mittelbeschaffung verzichten ...»



Kritische bemerkungen zu den sammelaktionen

An dieser stelle veröffentlichen wir das viel diskutierte referat zum thema 'spenden', welches am 13./14. oktober 1984 anlässlich der ASKIO-tagung auf Schloss Hünigen von Christoph Egli vorgetragen wurde:

Mit der volksabstimmung vom 3. dezember 1972 ist folgender artikel 34quater in der bundesverfassung verankert worden: «Der bund trifft massnahmen für eine ausreichende alters-, hinterlassenen- und invalidenvorsorge. Diese beruht auf einer eidgenössischen versicherung, der beruflichen vorsorge und selbstvorsorge.»

Ein unbefangener leser der bundesverfassung würde somit annehmen, dass zumindest auf finanzieller ebene das lebensrecht von behinderten durch den staat garan-

tiert ist. Umsomehr, als im absatz zwei von diesem erwähnten artikel vermerkt ist: «Die renten sollen den existenzbedarf angemessen decken.» Nun kann man sich natürlich über den begriff «angemessener existenzbedarf» streiten, unter welchem möglicherweise die politiker und behinderungsfunktionäre etwas anderes verstehen als betroffene behinderte, wie etwa ich. Leider ist das existenzrecht in vielen belegten fällen nicht gewährleistet. Die lücken im sozialwerk werden in der Schweiz hauptsächlich von privaten versicherungen gefüllt, vor allem springen aber private hilfsorganisationen ein, welche auf spendengelder und sammlungen angewiesen sind.

Ein beispielhaftes hilfswerk für behinderte stellt zweifellos Pro Infirmis dar. Dieses private werk feierte dieses jahr ein kleines jubiläum, nämlich fünfzig jahre kartenverkauf. Bei diesem anlass hat der präsident von Pro Infirmis, alt-bundesrat Ernst Brugger, wichtige sätze gesprochen, welche meiner meinung nach für das selbstverständnis von sammelnden organisationen wichtig sind:

«Der grundsatz, dass unser privates werk wenn möglich zu mehr als der hälfte aus privaten mitteln seine kraft bezieht und damit seine unabhängigkeit und initiative bewahrt, bestätigt jedes jahr von neuem seine richtigkeit. Pro Infirmis anerkennt die grenzen der staatlichen leistungsfähigkeit und sieht ihre aufgabe in der ergänzung zum staat – sowohl finanziell als auch als anregerin und erproberin von neuen lösungen.»

Pro Infirmis befürchtet demzufolge einen verlust ihrer unabhängigkeit, wenn die staatliche invalidenversicherung gemäss bundesverfassung ihrem auftrag nachkommen würde. Tatsächlich ist es doch keineswegs so, dass Pro Infirmis und andere, ähnlich gelagerte hilfswerke irgendwelchen caritativen luxus für behinderte organisieren, welcher eigentlich unnötig ist. Nein, beim dienste von Pro Infirmis an den behinderten handelt es sich im grunde genommen um die sicherung von jenem in der bundesverfassung genannten «angemessenen lebensbedarf». Pro Infirmis deckt die soziale integration ab, hier sind manchmal massive finanzielle zustüpfen nötig! Anlässlich des erwähnten jubiläums wird das dem interessierten journalisten recht eindrücklich an hand von fallbeispielen aus der pressemappe dargelegt. Da ist etwa das doppelt behinderte paar erwähnt, mit dem sogenannten «sackgeld» von zusammengerechnet 810 franken 60, um rechnungen für steuern, strom und gas, haushalthilfe, gemeindeschwester, telefon, versicherungen, lebensmittel, kleider, körperpflege, reinigungsmaterial, arzneien etc. zu begleichen. Oder das seltsame «sackgeld» eines siebenundfünfzigjährigen, geistigbehinderten heiminsassen von 22 franken im monat. Da reicht das geld wirklich nicht für solide winterschuhe und nur ein unmensch würde nicht spenden – ausser der «unmensch» kennt die bundesverfassung!

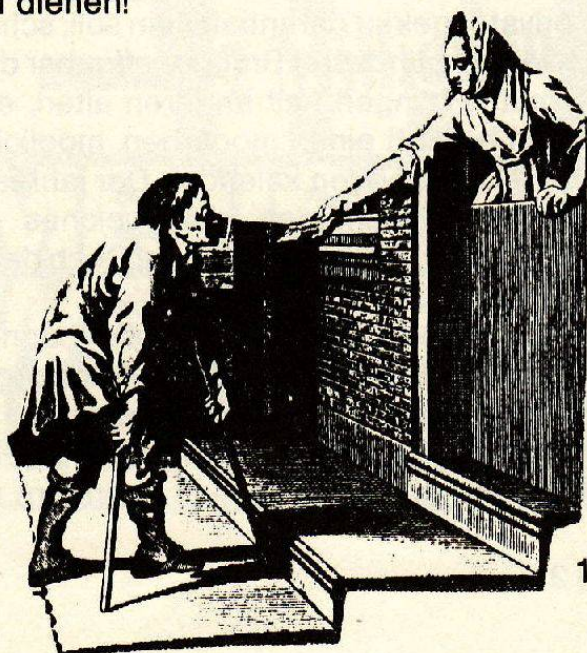
Der club behinderter und ihrer freunde (Ce Be eF) wehrt sich entschieden gegen solche sammelaktionen, obwohl wir betroffenen diese almosen dringend brauchen. Er ist der meinung, dass die invalidenversicherung endlich ihren auftrag erfüllen sollte. Der heutige zustand führt zu unerträglichen ungerechtigkeiten: Es gibt zum beispiel unterschiedliche renteneinkommen zwischen unfallbehinderten, etwa SUVA-versicherten, und den geburtsbehinderten, welche bloss eine invalidenrente erhalten. Auf der einen seite der «superreiche» unfallpatient, mit seinen vier mille renteneinkommen, auf der anderen ein mehrfachgeschädigter geburtsbehinderter, mit einem garantierten einkommen, das nach euthanasie schmeckt?

Aus dieser betroffenen heraus wurde innerhalb des Ce Be eFs eine arbeitsgruppe gebildet, welche die sammeltätigkeit in der Schweiz durchleuchten will. Als erstes wollten wir herausfinden, wie andere behindertenorganisationen das spendenwesen beurteilen – ob diese ein ähnliches missbehagen empfinden wie der Ce Be eF? Deshalb verschickte die arbeitsgruppe in diesem sommer 65 fragebogen. Die adressaten wurden in erster linie aus angaben der ZEWO ausgewählt. Sie enthalten organisationen mit schweizerischem wie auch regionalem tätigkeitsfeld.

Zurückgekommen sind insgesamt 14 antworten. Diese rücklaufquote der fragebogen von 18,5 % ist eher bescheiden. Wenn man dazu berücksichtigt, dass davon die hälfte keine eigenen sammlungen durchführt, so sind die antworten keineswegs repräsentativ. Da aber die beantworteten fragebogen von wichtigen organisationen stammen, können die antworten zumindest als typisch bezeichnet werden. Die geringe rücklaufquote zeigt, dass bei schweizerischen behindertenorganisationen die auseinandersetzung über den sinn bzw. unsinn des sammelns in den anfängen steckt – was eigentlich erstaunlich ist, wenn man die grosse bedeutung dieser geldquelle bedenkt! Oder steckt hinter der fehlenden diskussion eine politische absicht? – Der begriff «sammeln» wird dabei kaum eindeutig definiert. Einnahmen durch spenden geben die mehrzahl der angefragten organisationen an. Diese spenden werden aber meistens durch andere wege als durch eigentliche streusammlungen erreicht, besonders legats sind häufig einnahmequellen.

So seltsam das nun tönt: die wichtigste bedeutung der fragebogen-aktion liegt in der enttäuschenden rücklaufquote!

Selbstverständlich hat sich die arbeitsgruppe bei der wortwahl bemüht, jede äusserung zu vermeiden, welche einen wertenden oder gar verurteilenden beigeschmack haben könnte. Bei allem anstand haben wir dennoch auch nach den heiklen punkten gefragt. Die «verweigerung» zeigt uns nun, dass diese behinderungsorganisationen unter keinen umständen eine diskussion dulden können oder wollen, welche zur schlussfolgerung kommen könnte, dass sammlungen eigentlich den interessen der behinderten widersprechen. In unsere kritik müssen wir leider auch die ASKIO mit einschliessen. Wenn man das programm von dieser tagung studiert, so spürt man nämlich folgenden grundtenor heraus: Sammeln ja, die frage wie? Meine «kritischen bemerkungen» sollen offenbar der weiterbildung im organisierten bettelwesen dienen!



**Es gibt noch viel
zu tun.**

Erstaunt haben mich bei unserer fragebogen-aktion die antworten auf die unverfängliche frage: Welche verbesserungen wünschen sie sich bei ihrer zukünftigen sammeltätigkeit? Diese frage wurde nur gerade von drei organisationen beantwortet. Da wurde etwa der wunsch nach «einer weiteren verbilligung der porti» geäussert, oder die hoffnung, dass «noch höhere sammelerggebnisse und kartenrücklaufquoten erreicht würden». Am erstaunlichsten war jedoch die antwort von einem namhaften hilfswerk für behinderte, welche die erwartung äusserte, «dass trotz sachlicher information die privaten gelder nicht ausbleiben oder zurückgehen». Ja, sie haben recht gehört: dieses hilfswerk fürchtet also, dass eine gut informierte bevölkerung nicht mehr spenden wird. Diese antwort ist darum erstaunlich, weil fast alle sammelnden behindertenorganisationen glauben, «die information über die verwendung der gelder und über die eigene organisation» fördere besonders die spendenfreudigkeit in der bevölkerung. Es scheint sich zu bewahrheiten, was nur wenige organisationen zu bestätigen wagten, dass für erträgliche sammlungen nicht auf das erwecken von mitleid und auf die warnung vor den ursachen der behinderung verzichtet werden kann.

Dass dabei ein diskriminierendes bild von einem bedauernswerten geschöpf konserviert wird, ist wohl kein zufall, denn das zielpublikum des spendenmarktes sind vor allem ältere leute – bei der krebsliga sind beispielsweise achtzig prozent der spender über vierzig jahre alt. Und Heinz Haab von der zentralstelle für flüchtlingsfragen – auch flüchtlinge kann man offenbar zu almosenempfängern erniedrigen – bestätigte letzthin in der basler zeitung: «Unsere spender sind zu einem grossen teil älter als fünfundvierzig, und es sind vorwiegend frauen, die den einzahlungsschein ausfüllen.» Also eine scheinbar konservative, wenig erneuerungswillige bevölkerungsgruppe, und das kann im jahresbericht des wohlfahrtsunternehmen «Das Band» seltsame blüten treiben:

«Wir vermuteten, dass der beträchtliche umsatzrückgang beim kalenderverkauf des vorjahres möglicherweise auch mit der wirtschaftlichen rezession im zusammenhang stehen könnte. Zum glück hat sich dies im jahre 1983 nicht bestätigt. Der rückgang war einzig und allein auf die neugestaltung des kalenders zurückzuführen, die bei unseren kunden nicht angekommen ist. Die verantwortlichen der vereinigung 'Das Band' haben selbstverständlich sofort reagiert und sind wieder zum bisherigen wandkalender zurückgekehrt.»

Mit der «Unabhängigkeit», welche mittels privater gelder garantiert sein soll, scheint es trotz der schon zitierten schönen worte von alt-bundesrat Brugger offenbar doch nicht so weit her zu sein. Nun, die grossmuttern hängen halt an ihren alten, ewig erbaulichen sprüchen und bodigen mit ihrem boykott einen modernen, möglicherweise weniger diskriminierenden und dafür informativeren kalender. Der jahresbericht zeigt aber auch, dass es scheinbar ein phänomen gibt, welches den spendenmarkt wesentlich stört: ich meine wirtschaftliche rezessionen! Doch darauf komme ich später zu sprechen.

Auf sammelaktionen scheint heute die angesprochene bevölkerung offenbar noch überwiegend positiv zu reagieren, will man den antworten auf unsere fragebogen-aktion glauben schenken. Das ist nicht weiter erstaunlich, da ja mindestens die marktforschung der sammelorganisationen ihre zielgruppe kennen sollte und ihre kampagnen dementsprechend gestaltet. Adressen von möglichen spendern und

gönnern werden zwar teurer, denn die konkurrenz zwischen den sammelnden hilfswerken wird immer härter. Für Thomas Ineichen von der aktion im dienste des bruders sind neue adressen – rund siebentausend müssen es 1985 sein – schlichtweg «eine existenzfrage», wie er ebenfalls gegenüber der basler zeitung erklärte. Der standpunkt der behinderten, für welche ja unter anderen gesammelt wird, stösst jedoch bei den spendenwerbern kaum auf interesse – oder aber ablehnende reaktionen werden bewusst ignoriert! Diesbezüglich gab es bei unserer fragebogenaktion nur eine einzige mitteilung, welche in dieser richtung geht. Ein sammelslogan wurde von behinderten kritisiert und schliesslich geändert, ohne dass auf bettelaktionen als solche verzichtet wurde.

Auf die frage, welche nachteile mit sammlungen verbunden sind, nannten fast alle organisationen die tatsache, dass es arme und reiche hilfswerke infolge unterschiedlich effizienter sammelaktionen gibt. Nicht jede behinderung ist gleich geeignet, um auf die tränendrüse zu drücken. Nicht jede behinderung kann gleich gut ängste auslösen, welche beim potentiellen spender zum erwünschten griff in den geldbeutel führen. Auch sind informationen über manche behinderungsarten, welche heute besonders diskriminiert sind, ausserordentlich schwer zu vermitteln und werden somit nur ungenügend unterstützt.

Es gibt in der Schweiz ungefähr zehntausend private gemeinnützige unternehmen, welche jedes jahr schätzungsweise fünf- bis achthundert millionen franken erbeteln. Damit liegt dieses land weit über dem europäischen durchschnitt. In der bundesrepublik, welche ebenfalls beachtliche sammelergebnisse vorweist, ist die

**EINE WELT.
IN DER
EIN
2 Millionen
MENSCH
WENIGER
LEIDET.**

Ein paar Geschenkkideen
Wasser, das nicht krank macht.
Essen, das zum Leben reicht.

spendensumme bei einer zehn mal höheren bevölkerungszahl bloss vier mal grösser. Wieviel von dem erbettelten schweizer spendengeld tatsächlich den behinderten zugute kommt, weiss ich nicht. Der ärgerlichste effekt dieses spendenmarktes ist zweifellos die tatsache, dass das soziale empfinden und die hilfsbereitschaft des schweizervolkes missbraucht wird. Dass unter vorspiegelung von hilfeleistung der rechtsanspruch von behinderten gerade auf diese hilfe mehr oder weniger bewusst torpediert wird! Doch wie können diese privaten hilfswerke auch anders handeln, wenn ihre interessen dermassen mit interessen von privatwirtschaftlichen kreisen verstrickt sind, welche auf einen abbau des sozialstaatlichen gedankens hinarbeiten? Oder irre ich mich? Es wird sich zeigen, wenn ich auf meine alternative zum spendenwesen zu sprechen komme.

Ich befürchte, dass für viele organisatoren von sammelaktionen die grosse steuerreform der amerikanischen regierung vorbild sein könnte: Der staat entledigt sich seiner verpflichtungen gegenüber sozial benachteiligten, um sein geld in der rüstungsindustrie zu investieren. Um das zu ermöglichen, macht er an reiche amerikaner steuer geschenke, damit sie auf freiwilliger basis ihren minderbemittelten mitbürgern helfen – das ganze wird selbstverständlich als «bürgernahe» und «freiheitliche» lösung verkauft. Der «voluntary sector», also der bereich des spendenwesens und überhaupt alle non-profit-unternehmen, welche in irgendeiner form auf freiwilligkeit beruhen, sind heute in den USA ein wichtiger wirtschaftsfaktor. Die kaufkraft dieser «branche», soweit sie die privatwirtschaft als geschäftspartner hat, beläuft sich auf 43 milliarden dollar und sichert damit etwa 1,4 milliionen arbeitsplätze. Bei einem solchen aufgeblasenen spendeapparat gibt es selbstverständlich einige ökonomische besonderheiten: So ist der sammelnde amerikanische CVJM der grösste hotelkonzern und die girl scouts der grösste gebäckhersteller des landes. Die führer im «voluntary sector» sind mit allen wassern der public relations gewaschene manager, welche «charity» verkaufen wie coca cola und waschpulver: es ist somit kaum verwunderlich, wenn «jesus» in der heutigen endzeitstimmung ein besonders lukrativer verkaufsschlager darstellt! Ist ihr optimismus berechtigt? In einem amerikanischen alltag, der geprägt ist von einer teilweise recht gravierenden massenarmut als folge der rigorosen sozialpolitik der regierung Reagan? Ein «sozialbereich», welcher sich nach der verkaufbarkeit von bedürfnissen orientiert, kann doch allerhöchstens das leben von mittelständischen behinderten schützen, welche in der spendenindustrie als darsteller für irgendwelche sentimentalen stories verwertbar sind. Es ist jedoch keineswegs erstaunlich, dass in einem solchen Amerika auch betrügerische spendenwerber sich mit almosen bereichern. Ein solches Amerika hat somit auch kein interesse an einem lebensrecht für behinderte aus den sozialen unterschichten, etwa schwarze, mexicanos und indianer, welche einer schleichenden passiven euthanasie geopfert werden.

Das amerikanische beispiel ist leider unsere zukunft, wenn der derzeitige gesellschaftliche trend anhält und weiterhin rechtskonservative wirtschaftskreise an macht gewinnen! Solange behinderte und sonstige unterprivilegierte bevölkerungsgruppen in einen bettelstatus gezwängt werden und keinen garantierten rechtsanspruch auf diese hilfe haben, solange ist ihr leben durch die verweigerung dieser hilfe bedroht – dem freiwilligen helfer könnte es ja möglicherweise selber einmal schlecht gehen! An dieser abhängigkeit können auch zwischengeschaltete bettel-

organisationen nicht mehr viel ändern. Der mensch befriedigt mit seinem geld gewöhnlich seine persönlichen wünsche und bedürfnisse. Will er spenden, zwingt ihn dies zu einem verzicht, er muss die befriedigung seiner bedürfnisse einschränken. Wie ja der jahresbericht der vereinigung «Das Band» angetönt hat, beeinflussen offenbar wirtschaftliche rezessionen auf negative weise die sammelerggebnisse. Wenn nämlich das porte-monnaie fast leer ist, wird nicht mehr gespendet! Dazu kommt, dass der spender vor allem auf katastrophen- und horrormeldungen reagiert, nicht so sehr aber auf schleichende übel, wie etwa die not der behinderten in ihren heimen.



Die «alternative» zu den heutigen sammlungen ist seit 1972 in der bundesverfassung verankert, nämlich eine von der invalidenversicherung finanzierte existenzsichernde rente. Die sicherung des «angemessenen lebensbedarfes» soll nach meinung des Ce Be eF nicht mehr im aufgabenbereich von privaten hilfswerken liegen. Der sogenannte «angemessene lebensbedarf» soll auch von behinderten nach eigenem ermessens bestimmt werden, nicht aber von korrumpierbaren politikern und behinderungsfunktionären!

Der Ce Be eF ist der meinung, dass private hilfswerke trotzdem ihre berechtigung haben, etwa in der beratung oder im transportbereich für behinderte. Diese aufgaben sollen aber nicht von krisenanfälligen spendensammlungen abhängig sein. Die «alternative» ist schon lange propagiert – so habe ich im schweizerischen beobachter vom 31. mai 1946 eine sehr interessante lösung entdeckt. Der beobachter stellte bereits damals fest, dass «ein richtiger wettlauf um die hilfsbereitschaft unserer bevölkerung entstanden sei», und meinte schliesslich:

«... Aber es ist nun einmal so, dass der staat die einzige einrichtung ist, die es in der hand hat, alle bürger zu bestimmten leistungen heranzuziehen, d.h. nach gewalteter volksentscheid die leistungen zu verlangen. In unserem fall soll er aber nur beschränkt eingespannt werden, und zwar wäre so vorzugehen, dass die verschiedenen schweizerischen hilfswerke (Pro Juventute, Pro Infirmis, Berghilfe, Stiftung für das Alter, um nur einige zu nennen, die selbstverständlich wie bisher private organisationen bleiben), jeweils ihre jahresbudgets einreichen, die nach sorgfältiger prüfung gutgeheissen und vom bund in voller höhe bevorschusst werden. Die

gesamtausgaben werden dann als prozentuale abgabe auf einkommen und vermögen zusammen mit den nächsten steuern eingezogen.»

Also eine art von wohlfahrtssteuer, damit sammlungen unnötig werden? Man kann sich natürlich fragen, welche institutionen schliesslich unterstützt werden – im vorschlag vom beobachter ist nämlich nur von den «grossen hilfswerken» die rede?

Kleinere organisationen, die dann doch auf die durchführung von sammlungen angewiesen wären, hätten kaum mehr erfolg, da der bürger glauben würde, er hätte seine pflicht getan. Diesem einwand ist aber entgegenzuhalten; dieses dilemma besteht natürlich auch mit einer subventionierten kunstszene und trotzdem würde kein einziger opernhausdirektor verlangen, man müsse für seine institution sammeln. Kleine organisationen haben in unserer totalitären informationsgesellschaft mit ihren bescheidenen werbebudgets eh' sehr wenig chancen!

Die idee des schweizerischen beobachters wurde in einer zeit geboren, als nach kriegsende sich bereits wieder neue wirtschaftliche krisen abzeichneten und die europäische öffentlichkeit sich darum zunehmend sozialistischen und sogar kommunistischen ideen öffnete. In der Schweiz war beispielsweise die partei der arbeit neben den sozialdemokraten ein wichtiger politischer faktor. Die sogenannte «rote gefahr» wurde erst geschlagen, als massive geldströme aus Amerika die kränkelnde krisenwirtschaft von Europa ankurbelten und einen konjunkturellen aufschwung bewirkten. Die soziale öffentlichkeit des sogenannten «Fürsorgebereichs» stand aber unter dem euthanasie-schock der nazis, dieser grauenhaften systematisierung der «vernichtung lebensunwerten lebens», welche sich nur qualitativ, nicht aber ideell von der bisherigen «arbeitsweise» unterschied ...

An dieser ASKIO-tagung auf schloss Hünigen hat es einige vertreter von sammelnden behindertenorganisationen, und ich möchte diesen am schluss folgende fragen stellen: Haben sie auch schon daran gedacht, dass dem waldsterben, welches heute immer offensichtlicher ist, möglicherweise bald ein grosses behindertensterben folgen könnte? – Die krisen sind ja immer deutlicher und die weltwirtschaftssysteme von ost und west ächzen in allen nähten und kanten! Ist erst die massenarmut eine realität, werden die spenden zurückgehen. Betroffen werden behinderte aus der unterschicht sein. Und die ärmsten der armen, die schwerstbehinderten in ihren heimen. Geht es den leuten schlecht, ist doch jedem sein eigenes hemd am nächsten! Ist es nicht eigenartig, dass ausgerechnet heute eine «sterbehilfe»-diskussion aufflackert: diese «freut-euch-des-sterbens-welle», welche ein «recht auf einen würdigen tod» proklamiert?

Nur autonome behinderte, welche ein staatlich garantiertes recht auf einen «angemessenen existenzbedarf» haben, werden sich gegen ihre schleichende vernichtung wehren können – nie aber behinderte im bettlerstatus! Sie werden vielleicht einwenden, dass in der krisenzeit auch der staat sparen wird, und dieser einwand ist richtig. Wenn aber konkrete gesetze zum schutze der behinderten da sind, so können betroffene sich auf diese berufen. Die beseitigung ist somit nicht nur ein «privates» problem von behinderten. Ich verlange darum im auftrag des Ce Be eFs das einzig mögliche: stoppen sie sofort, heute noch ihre sammelaktionen! Verwenden sie ihre erbettelten almosen für die durchsetzung der politischen anliegen von behinderten. Das schweizervolk ist doch heute meistens positiv eingestellt gegenüber behinderten. Es wird darum auch bereit sein für die nötigen finanziellen aufwendungen, welche es braucht für ein netz der sozialen sicherheit – auch ohne sammelaktionen!